

Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelhefte: Die 20. und 21. Jahrgänge je 10 Hefte 1.50 Goldmark, für den Ausland 2.00 Goldmark. Die Jahrgänge 22 bis 29 je 10 Hefte 1.50 Goldmark, für den Ausland 2.00 Goldmark. — Die Druckgebühren für Zusatzen sind 0.50 Goldmark. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark bei freier Zustellung durch Zola Postbezug für Monat August 2.00 Goldmark, für die Lieferungs-Station monatlich 2 Fr. 15. Kreuzabhebungen: im Voraus wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Eingelassenen 10 G. Pfennig, Postkonto 1.20 Goldmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Ar. 204

Sonntag, 30. August 1924

XXXII. Jahrg.

Bedeutungsvolle Erklärung des Reichstanzlers

Das Kabinett für den Grundgedanken, aber nicht für die vorgeschlagene Form der deutschnationalen Anträge — Letzte Verhandlungen zwischen Stresemann und den Deutschnationalen

Letzte Mahnung des Kanzlers

Berlin, 29. August. Im Reichstag begann heute vormittag die bedeutungsvolle Sitzung, die über das Schicksal des Londoner Protokolls entscheiden soll. Sofort nach Beginn der Beratungen erhob sich Reichstanzler Dr. Marx und verlas eine Erklärung der Reichsregierung, in der er zwar dem Grundgedanken der gestrigen mitgeteilten deutschnationalen Anträge zustimmte, sie in ihrer gegenwärtigen Form jedoch nicht für ausnehmbar erklärte. Jedoch betonte er, die Regierung habe die bestimmte Erwartung, daß die Räumung der Ruhr vor Beendigung der einjährigen Frist vollzogen sein werde. Sie werde diesen Gedanken insbesondere bei den bevorstehenden Handelspolitischen Verhandlungen mit Frankreich und Belgien vertreten.

(Der Sitzungsbbericht befindet sich auf Seite 2 und 3)

Die Ablehnung gefährdet die deutsche Anleihe
Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten
Washington, 29. August. (Durch United Press.) Nach der übereinstimmenden Ansicht führender Finanzautoritäten würde ein Verzicht der Vereinigten Staaten auf die Anleihe die deutsche Anleihe gefährden.

Neue Einigungsaktion der Deutschen Volkspartei

Tendenzmeldungen rechtsradikaler Kreise

Berlin, 29. August. (Ein. Drahtbericht.) Die Kompromißverhandlungen, die nunmehr fast des Häher unverbrüchlichen einen offiziellen Charakter angenommen haben, sind bis spät in die Nachtstunden hinein fortgesetzt worden. Außer Dr. Stresemann beteiligten sich an der Konferenz mit den deutschnationalen Parteiführern auch der Reichstanzler selbst, der Reichsinnenminister und Beisitzer des Reichstages. Die Verhandlungen wurden durch den Reichstanzler nicht angebrochen, aber Präsident des Reichstages ist. Es läßt sich danach vermuten, daß auch die Frage der großen Koalition in Preußen in die Erörterung hineingezogen ist.

In Hinblick gebracht worden ist, wie die „Deutsche Zeitung“ wissen will, diese ganze Einigungsaktion durch ein Schreiben, das die Deutsche Volkspartei gestern Abend an die Deutschnationalen Partei richtete und in dem den Deutschnationalen der Eintritt in die Reichsregierung angeboten werden soll. Sobald es dem Kabinett Marx-Stresemann gelungen ist, die Annahme der Gesetze durchzubringen, würde die Umwidmung der Reichsregierung vorgenommen werden, und zwar in der Weise, daß vier Minister der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung einbezogen werden. Für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen ist Dr. Stresemann bereit, sich für den 30. September in London zu treffen, um die Verhandlungen zu erneuern.

Man wird indes diese Angabe des vollständigen Scheiterns mit Vorbehalt aufnehmen müssen. Es erklärt zum Schluß, daß nach seiner Ansicht das vorkommende Angebot abzulehnen sei, muß aber doch einsehen, daß die Ansicht, in das Reichstadium und in die preussische Regierung hineinzugelangen, außerordentlich wertvoll für die Deutschnationalen sei. Doch bedeutend sei die Haltung der „Deutschen Tageszeitung“. Das Organ des Reichstages, das bis vor kurzem zu den beständigen und energiegeladesten Gegnern des Londoner Paktes gehörte, aber bereits in den letzten zwei Tagen langsam die Segel zum Umkreisen, bringt heute einen Artikel mit der vielversprechenden Überschrift: „Kündigung der Versöhnung“. Das Wort lautet an, daß die deutsche Volkspartei sich an der Reichstagsaufhebung hat keine Schwierigkeiten für die Sozialdemokratie, und führt weiter an, ein Wahlkampf um die Dames-Gesetze werde dessen Anhänger nicht die Zweifelsmomente befürchten, die Rüst zwischen den bürgerlichen Parteien unüberbrückbar machen und der Reichsregierung nicht die erhoffte Möglichkeit geben, sich aus dem Reichstagsaufhebung zu verhaften. Der Gedanke einer Reichstagsaufhebung sei daher nicht nur zweifellos, sondern das Gegenteil ihrer politischen Vernunft und nach jeder Richtung unverantwortlich.

Die „Einigungsaktion“ steht der Wendung, die sich seit Jahren vollzieht, mit Wahrung der Unabhängigkeit der Reichsregierung gegenüber.

des Reichstanzlers Marx, eine Mehrheit für die Annahme des Londoner Übereinkommens zu sichern, die Auslieferung der deutschen Anleihe in Amerika schwer schädigen. Es wird betont, daß neben der Frage des Zinsfußes und der Qualität der Anleihe die psychologischen Momente eine ausschlaggebende Rolle spielen. Jedes Angelegen eines möglichen späteren Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland müßte das Vertrauen der Reichsregierung erschüttern.

Auf der anderen Seite glaubt man, daß, wenn die zur Annahme erforderliche Mehrheit aufgebracht und die Annahme im allgemeinen reibungslos vor sich geht, es leicht sein wird, eine Summe von 100 bis 150 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten aufzubringen. Man glaubt nicht, daß die deutsche Industrie, nachdem die deutsche Anleihe untergebracht ist, darüber hinaus noch nennenswerte Kredite beizubringen, da die Wirtschaftslage in ihrer Mehrzahl nicht gut ist. Einige kurzfristige Kredite würden noch zur Überwindung der ersten finanziellen Schwierigkeiten nötig sein, um die Wirtschaft wieder anzufachen.

Die heutige Reichstagsaufhebung wird nun unüberwindlich die letzte Entscheidung bringen. Sie beginnt zunächst mit der Einzeldebatte. Nachdem sollen die Bestimmungen über alle vorliegenden Resolutionen nach einander und sämtliche Gesetze stattfinden. Die deutschnationalen Fraktionen sind bereits um 9 Uhr zusammengetreten. Sie muß sich jetzt schlüssig werden, ob sie die Stimmentragung freigegeben und einem Teil der Fraktion die Beschaffung einer Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz ermöglichen will. Vielleicht glaubt man auch, daß die Fraktion einzelne ihrer Mitglieder abkommandieren wird, so daß die Reichstagsaufhebung durch eine das Gesamtergebnis nicht mehr gefährdende Verminderung erfolgen.

Freilich weiß man nicht, wie in diesem Falle sich die Fraktionen verhalten werden. Aus ihren Kreisen verlautet, daß, wenn ein Teil der Deutschnationalen den Wahl verlassen sollte, sie diesem Beispiel folgen würden. Dann dürfte aber Wahrscheinlichkeit nach auch die kommunistische Fraktion sich diesem Wanderverhalten anschließen.

Selbst die Haltung der Sozialdemokraten bleibt für den Fall, daß die Deutschnationalen sich zur Herbeiführung der Zweidrittelmehrheit entschließen sollten, zweifelhaft. Man hält es nicht für völlig ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten bei der Bewältigung eines bevorstehenden Eintrags der Deutschnationalen in die Reichsregierung aus Verzögerung gegen die Londoner Gesetze stimmen und ihre Annahme also ihrerseits verhindern würden. Man sieht, daß so ungefähr alle Möglichkeiten gegeben sind und daß man sich auf Überraschungen gefaßt machen muß.

Ein energisches Gementi
v. d. Berlin, 29. August. (Ein. Drahtbericht.) Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: Die Mitteilung der „Deutschen Zeitung“, daß die Deutsche Volkspartei der Deutschnationalen Volkspartei vier Ministerstelle und den Reichstagsminister angeboten habe, ist erfindlich. Die Deutsche Volkspartei hat der Deutschnationalen Volkspartei keine Ministerstelle oder gar den Kanzler angeboten.

Vor einem heftigen Wahlkampf

Die politische Lage in den Vereinigten Staaten

Von unserm Korrespondenten

New York, 29. August.
In Williamstown haben Staatsmänner, Diplomaten, Professoren, Journalisten und Propagandisten am frühen Morgen um 10 Uhr über Krieg und Frieden, Weltwirtschaft und Chaos, Paz und Plebe zu reden. Es sind dort schwabronierende Franzosen, fastfüßige, berechnende Engländer, die sich die Arbeiterregierung, teils Lombard Street, immer oder England vertreten, schillernde Deutsche, die, wenn sie den Mund aufstun, immer erst um Erbschaft für ihr Leben bitten, Amerikaner, die zum Teil laut dröhnende, patriotische Reden, zum Teil ehrliche, anständliche Menschen sind, und andre Landsleute vertreten.

Zwei Vorträge, die der amerikanische Vizepräsident Professor Van Sweringen hielt, dürften besonders interessieren. In seiner ersten Rede wies Professor Van Sweringen auf die sogenannte Potsdamer Konferenz hin, die der Generalstab der Vereinigten Staaten, der die Nachrichten in seinem Buche als bare Münze aufstellte, gelogen habe und daß Deutschland an dem Ausbruch des Weltkrieges nicht schuld sei. In seinem zweiten Vortrag betonte Professor Van Sweringen die Haltung des schwankenden Jaren, der von seinen Ministern hintergangen wurde, und hob hervor, daß die Mobilisierung Rußlands, die der Zar anordnete, dann wieder, denn sich nochmals abringen ließ, „worauf der Telephonbericht gerichtet wurde“, das Signal für den Anfang des Weltkrieges gewesen sei.

Professor Van Sweringen hat da übrigens nicht allein. Nur die allerhöchsten Chauvinisten seien heute noch von der Meinung der Vereinigten Staaten. Das frühere Wilsonsche Programm, die heutige „World“, hat neuerdings sich sogar zu dem Weltfrieden aufgeschlossen, Österreich und Rußland tragen die Hauptlast, Deutschland sei nicht ganz freisprechen, aber auch Frankreich sei nicht ganz von aller Schuld frei.

Unter den Umständen sollte man glauben, der Boden wäre für eine neue Deutschland nicht sehr aufnahmefähig. Trotzdem planen Präsident Coolidge und dessen Generalstab, Butler, einen solchen Feldzug, wie heute aus Washington gemeldet wird. Butler war im Westen, um sich das Gelände anzusehen. Nach seiner Rückkehr berichtete er im Weißen Hause. Das Ergebnis der Konferenz war, daß beschloß, einen heftigen Angriff gegen La Follette zu unternehmen. Und zwar soll die Haltung La Follette zum Krieg zur Grundlage des Angriffes gemacht werden. La Follette stimmte gegen den Krieg, also war er „prodeutsch“, somit war er nicht „proamerikanisch“, und deshalb sollten alle braven Amerikaner gegen ihn stimmen.

Wider war in den Wahlkreisen das Bestreben der Politiker, den Krieg zu vergessen. Auch in dem gegenwärtigen Feldzug wurde ausdrücklich die Parole ausgegeben, La Follette als Kandidat nicht anzuerkennen, weil das Wählende die Stimmen der Deutschamerikaner der Republikaner, Ausländern könne. Seitdem hat aber die La-Follette-Bewegung eine derartig drohende Gestalt angenommen, daß die Republikaner vor verzwweifelteten Mitteln nicht länger zurückzuführen.

So wurde denn von Generalstab Butler, nachdem er sich im Weißen Hause mit Präsident Coolidge beratschelt hatte, die Parole ausgegeben: „Wir pfeifen auf die Deutschen!“ La Follette „prodeutscher Reform“ soll schonungslos ausgeschaltet werden. Wir werden es daher erleben, daß das blutige Kriegsgewand ausgegraben und in dem patriotischen Kampfe gegen die verräterischen „Russen“ und deren Helfershelfer, den schamlosen Verräter La Follette vorangetragen wird.

Jawohl, unser „Big Business“ ist beunruhigt. Coolidge muß unter allen Umständen gewählt werden, und zwar auch er die absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen bekommen. Davon, der Privatbankier Morgans, den die Demokraten aufgestellt haben, gilt bereits als erledigt. Er wird nur die Stimmen der früheren Schwenkhalter bekommen. Somit ist La Follette genügend Wahlmännerstimmen, daß Coolidge keine absolute Mehrheit erhält, wird der Senat einen Vizepräsidenten zu ernennen haben, der dann sofort Präsident wird. Und zwar hat der Senat nur die Wahl zwischen den beiden Vizepräsidenten La Follette und dem republikanischen Kandidaten, welche die meisten Wahlmännerstimmen erhalten haben. Die Senatmehrheit hätte also die Wahl zwischen dem republikanischen Dawes und dem demokratischen Bryan, der als fortschrittlich gilt, oder dem demokratischen Senator Wheeler, der La Follette als Kandidat ist.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Senatmehrheit für Dawes stimmen wird. Die „tabularen“ Senatoren, die das Jünglein der Wage bilden, würden ohne Zweifel für Bryan als das kleinere Übel stimmen, wenn sie Wheeler nicht erwählen können. Sollte Wheeler mehr Stimmen als Bryan bekommen, so wäre die demokratische Minderheit im Senat eigentlich gezwungen, für Wheeler zu stimmen, denn er ist doch ihr Parteigenosse und wurde als solcher in den Bundesrat gewählt.

In der Wall Street fürchtet man, die nächste Präsidentenwahl werde ergebnislos verlaufen. Senator Lodge, der zur Zeit noch dankbarerweise, hat von seinem Krankenbett aus eine Erklärung erlassen, in der er seine Partei im besonderen und das Land im allgemeinen auf die Gefahr einer Erwählung Bryan aufmerksam macht.

„Big Business“ wird nunmehr gewaltige Anstrengungen machen, um Coolidge durchzubringen. Nachdem beide Parteien Kandidaten aufgestellt hatten, die der Wall Street genehm waren, glaubte diese erst, die Hände in den Schoß legen zu können. Aus dieser beschaulichen Ruhe aufgeschreckt wurde unsere republikanische Partei durch den fürchterlichen La Follette, der übrigens, verglichen mit dem englischen Premier Macdonald, ein Reaktionär, in den Augen unserer Geschäftsmänner aber ein blutroter Umwälzer ist. Big Business will sich nicht aus dem Sattel heben lassen und wird daher viele Millionen ausgeben, um Coolidge zu erwählen und der La-Follette-Bewegung vorerst die Spitze abzubrechen. Offenbar steht uns ein Wahlkampf bevor, der an Heftigkeit alles bisher Dagewesene übertrifft werden wird. Die Presse, das Kino, der Rundfunk, die Kirche und die Schule, sie alle werden in den Dienst der „guten Sache“ gestellt, damit die erforderlichen Wähler nur noch in Coolidge ihren Retter sehen.

Wird das Spiel gelingen? Wahrscheinlich. Mit Geld kann man in Amerika alles machen. Jedemfalls wird es interessant sein, aus dem Stimmenergebnis zu erfahren, wieviel Millionen Amerikaner es eigentlich gibt, denen ein Platz im früheren Schicksal auszukümmern begonnen hat.

Wohin man die Nase wendet, riecht es nach Del. Deffand in der Regierung, Deffand in den Vereinen und Deffand in beiden Parteien. Soeben haben wir unsern Bekannten aus Rumänien abgerufen, weil die Regierung Rumaniens unter Standard Oil Co. schuldig behandelt hat.

Der Bürgermeister der Stadt New-York richtete dieser Tage ein Schreiben an Coolidge wegen der 200-Millionen-Anleihe, die unter dem Dawes-Plan hier untergebracht werden soll. Der Bürgermeister verlangte zu wissen, ob der Präsident sich etwa verpflichtet habe, die 200 Millionen mit Herz und Hand von Deutschland einzutreiben. Falls der Schuldner die Zahlung verweigern sollte, es heißt, Coolidge werde den Brief in einigen Tagen dahin beantworten, daß die Anleihe reine Privatangelegenheit sei, wenn auch die Regierung ihr wohlwollend gegenüberstehe. Also immer nur inoffizieller „Rebakter“.

Coolidge nimmt den Kampf auf
Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten
Washington, 29. August. (Durch United Press.) Präsident Coolidge wird sofort nach seiner Rückkehr von seinem Sommeraufenthalt in Vermont den Wahlkampf aufnehmen. Er plant, drei große Reden zu halten, in denen er sich mit den auswärtigen Schulden, dem Weltwirtschaftsstand und den Verhältnissen in Industrie und Landwirtschaft und möglicherweise auch mit dem Ku-Klux-Klan beschäftigen wird.

Landung amerikanischer Marinetruppen in Shanghai
London, 29. August. (Eigenes Drahtbericht.) Infolge der Unruhen in China sind in Shanghai amerikanische Marinetruppen gelandet worden.

Die französisch-polnische Freundschaft
Paris, 29. August. (Eigenes Drahtbericht.) Der polnische Kriegsminister Gloczki hat in einem Schreiben an Miller und noch die wichtigsten einen günstigen französisch-polnischen Willensäußerung ausgesprochen.